

Dr. Helen Fürst

Präsidentin Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Rede zur Jahrespressekonferenz am 18. Februar 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Jahres-Wirtschaftspressekonferenz der Kunststoff verarbeitenden Industrie am Aschermittwoch des Jahres 2026. Wie in den vorangegangenen Jahren möchten wir Ihnen zu Beginn des noch jungen Jahres ein Lagebild zur Entwicklung der Kunststoff verarbeitenden Industrie im Jahr 2025 und einen Ausblick auf das Jahr 2026 geben. Wir informieren Sie über die Entwicklung von Umsätzen, Betriebsergebnissen, Personalbestand, Investitionen und Außenhandel und leiten wirtschaftspolitische Forderungen für unsere Industrie aus den Entwicklungen ab.

Der Umsatz der Kunststoff verarbeitenden Industrie ging 2025 gegenüber dem Vorjahr nochmals um ca. 1,8 Prozent zurück. Der Umsatzrückgang resultierte überwiegend aus den rückläufigen Umsätzen der Unternehmen im Inland. Die Umsätze der Branchenunternehmen im Ausland gingen im Vergleich zum Vorjahr um ein Prozent zurück. Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben der Kunststoffverarbeitung verringerte sich gegenüber dem Vorjahr nochmals um etwa 5.600 Beschäftigte auf circa 307.000. Der Abschwung setzte sich damit im dritten Jahr in Folge fort. Der Niedergang der Industrie in Deutschland nimmt besorgniserregende Ausmaße

Die GKV -Trägerverbände:



Industrievereinigung
Verstärkte Kunststoffe e. V.



EPPA Deutschland e. V.



Fachverband
Schaumkunststoffe
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige
Kunststoffprodukte und
Mehrwegsysteme e. V.

an und Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sollten allerhöchste Priorität bei den politischen Entscheidern besitzen.

Die im vergangenen Jahr im Bund gebildete Regierungskoalition aus Union und SPD erfüllt die Erwartungen der Industrie allenfalls in sehr kleinen Teilen. Der vom Bundeskanzler versprochene spürbare Aufbruch blieb bislang vollständig aus und auch die Wirtschaftsentwicklung in Zahlen blieb meilenweit von dem erhofften Aufschwung entfernt. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung stromkostenintensive Industrien, zu denen auch die Kunststoff verarbeitende Industrie zählt, ab diesem Jahr durch den neu eingeführten Industriestrompreis und den Bundeszuschuss zu den Netzentgelten entlastet. Allerdings bringt der im Folgejahr nachträglich gewährte Industriestrompreis wieder zusätzliche Antragsverfahren und Verpflichtungen der Unternehmen zu Gegenleistungen mit sich und ist damit wahrlich kein „Geschenk“ an die Industrie.

Die dringend notwendige Reform unseres Steuer- und Sozialversicherungssystems und der Abbau der dramatischen Überregulierung kommen überhaupt nicht voran. Statt entschlossene Reformen zu liefern, verharrt die Koalition im Konjunktiv. Teilweise sind die beschlossenen Maßnahmen sogar kontraproduktiv, wie bei den Beschlüssen der Koalition zur Rente. Dafür tragen die Regierungsparteien die Verantwortung, die an alten Konzepten und längst überholten Vorstellungen festhalten, statt endlich mutig und entschlossen die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen.

Viele mittelständische Familienunternehmen zögern momentan, Investitionen in Deutschland zu tätigen, weil es an verlässlichen Rahmenbedingungen für mittel- und langfristige Investitionen fehlt. Weil Politik erratisch agiert, laufen viele Betriebe auf Verschleiß. Der Bund tut sich unglaublich schwer damit, Bürokratie, die unsere Wirtschaft zu ersticken droht, endlich entschlossen zurückzuschneiden. Das hat offensichtlich viel damit zu tun, dass die meisten Ministerialbeamten und Bundestagsabgeordneten nie in einem wertschöpfenden Unternehmen tätig waren, geschweige denn, jemals unternehmerische Verantwortung getragen haben. Viele dieser Regeln haben ihre Ursache in einem tiefen Misstrauen gegenüber den Unternehmen und privatem Unternehmertum im Besonderen und in einer maßlosen Erwartung an die Problemlösungsfähigkeit des Staates. Es ist nicht die einzelne Regelung, die unsere Betriebe lähmt, es ist die Summe. Vor wenigen Wochen sagte mir ein Bundestagsabgeordneter, der Bund könne ja kaum etwas an der Bürokratiebelastung der Unternehmen ändern. Dem widerspreche ich entschieden. Quellen schädlicher Bürokratie können und müssen auf allen staatlichen Ebenen entschieden abgestellt werden. Man braucht

auch keine überragende Fantasie, um mit wenigen Schritten viele Unternehmen spürbar zu entlasten. Über viele Vorschläge sprechen wir bereits seit Jahren:

- Weil der Staat den Unternehmen nicht zutraut, sparsam mit Energie umzugehen, regelt der Bund im so genannten Energieeffizienzgesetz, welche Unternehmen Energiemanagementsysteme und Energieaudits durchzuführen haben und welche Energiesparmaßnahmen sie umsetzen müssen. Sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die im deutschen Gesetz vorgesehenen Rechtspflichten gehen bei weitem über das von der EU geforderte Maß hinaus.
- Der Staat ist der ziemlich kühnen Auffassung, dass Hersteller von Einweg-Kunststoffprodukten dafür verantwortlich sind, dass Konsumenten diese in Einzelfällen unsachgemäß in die Umwelt entsorgen. Der deshalb mit großen Aufwand eingerichtete Einwegkunststofffonds des Umweltbundesamtes ist inzwischen eine traurige Posse und Zeugnis von Behördenversagen sondergleichen. Wenn die Frage, ob ein 750 Gramm-Christstollen ein To-Go-Produkt ist, über Wochen Minister und Beamte beschäftigt, dann läuft etwas offensichtlich grundverkehrt in Deutschland.
- Industriebetriebe müssen Stammdaten wie Mitarbeiterzahl und Umsatz an diverse Stellen wie BAFA, Bundesnetzagentur und Statistisches Bundesamt separat melden. Es dürfte in Zeiten der Digitalisierung nicht zu viel verlangt sein, dass Behörden diese Daten untereinander abrufen, statt sie ständig erneut bei den Unternehmen abzufragen. Weg mit der Vielzahl statistischer Meldepflichten! Die Unternehmen brauchen die Hände frei zum Wertschöpfen.
- Es ist nicht mehr vermittelbar, dass jede Einzelfläche im Betrieb vom Fenster bis zum Pausenraum vermessen werden muss, weil andernfalls zu befürchten wäre, dass Mitarbeiter im Dunkeln arbeiten und ihre Pausenzeiten in der Besenkammer verbringen müssten. Wir brauchen ein Reset der Arbeitsstättenverordnung.
- Würden die Grenzen für Geringwertige Wirtschaftsgüter und Aufbewahrungsfristen deutlich angehoben, sparte das vielen Unternehmen erheblich Zeit und Kosten.
- Zusätzliche Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit würden sich durch eine Abschaffung gesetzlicher Zwangsmitgliedschaften in Kammern und Berufsgenossenschaften erreichen lassen.

Die Zeichen der Zeit offensichtlich nicht erkannt hat die Europäische Kommission. Hier ist der Aufbau unnötiger und schädlicher Bürokratie zu Lasten der Wirtschaft regelrecht zum Geschäftsmodell geworden. Statt wie versprochen Bürokratie abzubauen und Unternehmen zu entlasten, wurden 2025 1.456 neue europäische Gesetze und Vorschriften beschlossen,

größtenteils von fragwürdigem Nutzen, wie die neue Pellet-Loss-Verordnung. Statt mit dem vollmundig angekündigten Omnibus ist Frau von der Leyen allenfalls mit dem Lastenfahrrad unterwegs. Die Zeit der Sonntagsreden über den Bürokratieabbau ist jetzt vorbei. Wir akzeptieren ab sofort ausschließlich konkrete Ergebnisse! Die mittelständische Industrie in Deutschland braucht einen wirksamen Schutzwall gegen die Bürokratieflut aus Brüssel. Deutschland sollte solange keine neuen EU-Regeln in Deutschland mehr zu Anwendung bringen, bis ein wirksamer Bürokratieabbau beschlossen ist. Etwaige Pönalen aus Vertragsverletzungsverfahren können vom EU-Beitrag Deutschlands abgezogen werden.

Nachdem die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie Europas in den vergangenen Jahren mit dem einseitig verkündeten „Green Deal“ nach Kräften sabotiert wurde, wird jetzt kleinlaut der Ruf nach „Buy European“ nachgeschoben. Frau von der Leyen ist jetzt auf dem Niveau von Robert Habeck angekommen, der einst Unternehmern angeblich mangelnden Standort-Patriotismus vorwarf. Es ist hohe Zeit, dass die Europäische Union endlich ihre Kernaufgaben wieder zuverlässig erfüllt und den Freihandel mit möglichst vielen Ländern vorantreibt. Dafür ist aber erkennbar auch ein personeller Neuanfang in der Kommission und im Parlament erforderlich.

Richten wir unseren Blick aber wieder auf Deutschland, denn auch hier mangelt es nicht an bunten Ideen, die aus meiner Sicht als gestandene Unternehmerin fatales ökonomisches Unwissen zum Vorschein bringen: Wer Ausgleichstage für gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, fordert oder zur Lösung des Rentenproblems eine höhere Erbschaftsteuer proklamiert, die die Substanz gerade mittelständischer Familienunternehmen aufzehren würde, dem hapert es offensichtlich an den Grundrechenarten.

Für die Bundesarbeitsministerin Frau Bas besteht Arbeitgeber zu sein offenbar darin, im Sessel zu sitzen und sich am Glanz der eigenen Manschettenknöpfe zu begeistern. Die mehr als irritierenden Äußerungen der Bundesarbeitsministerin beim Arbeitgebertag im vergangenen Jahr und beim Treffen der sozialistischen Jugend zeigen deutlich: Regierung und Wirtschaft leben in weitgehend inkompatiblen Wahrnehmungen der Realität. Misstrauen, Klassenkampfrhetorik, Neiddebatten und Empörungskultur schaden der gelebten Sozialpartnerschaft und stehen damit auch der versprochenen Wirtschaftswende im Weg.

Es wird zu viel geredet oder in Kommissionen vertagt und zu wenig gehandelt. Die Lohn- und Lohnnebenkosten in Deutschland sind inzwischen kaum mehr wettbewerbsfähig und drohen bei weiterem Nichtstun der Bundesregierung völlig aus dem Ruder zu laufen. Auch deshalb muss eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung unmittelbar erfolgen. Die

Beschlüsse der Regierungskoalition im vergangenen Jahr haben neben sehr viel Steuergeld auch wertvolle Zeit gekostet. Wenn die gesetzliche Rente endlich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden soll, brauchen wir vor allem eine Senkung von Steuern und Abgaben, um Arbeitnehmern private Vorsorge zu ermöglichen. Der Staat sollte sich ab sofort darauf konzentrieren, seine Bonität dafür zu nutzen, in eine kapitalgedeckte Säule der Rentenversicherung einzusteigen. Kostspielige Nebensysteme der Alterssicherung für Beamte und Politiker sollten unmittelbar abgeschafft werden, um die öffentlichen Kassen zu entlasten.

Wenn Büroarbeit inzwischen überwiegend im Homeoffice bei geminderter Wochenarbeitszeit stattfindet und sich der Krankenstand in Betrieben weiter auf traurigem Rekordniveau von rund 19 Tagen pro Jahr befindet, dann sind das zwei deutliche Befunde dafür, dass die Lust auf Arbeit und Leistung weiten Teilen unserer Gesellschaft abhandengekommen ist. Der offensichtliche Mangel an Leistungsbereitschaft steht im Widerspruch zu teils maßlosen Ansprüchen an Arbeitgeber und den Sozialstaat. Sinkende Produktivität bei gleichzeitig immer weiter steigenden Löhnen und Mindestlöhnen sind in einer exportorientierten Wirtschaft nicht mehr zu verantworten. Hier muss jetzt die Notbremse gezogen werden: Eine Stunde Mehrarbeit pro Woche, die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung und die Einschränkung des Rechtsanspruchs auf Teilzeit sind nicht der Untergang des Sozialstaates. Damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder stolz sein können auf ihre Arbeit, braucht es einen fundamentalen Bewusstseinswandel in der Arbeitswelt beim Einzelnen. Lassen Sie es mich beim Namen nennen, es geht um das was früher als Arbeitsmoral fester Teil der Werte dieses Landes war. Um es mit den Worten des Neue-deutsche-Welle-Klassikers Bruttosozialprodukt zu sagen: „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt!“ muss die unmissverständliche Botschaft dieses Jahres sein! Wer die Tonalität präsidialer mag: Es ist Zeit, dass wieder ein Ruck durch Deutschland geht! In diesem Sinne wünsche ich uns Kraft und Zuversicht für das Jahr 2026.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!